

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 34

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 3.7.2009

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

die sozialen und politischen Konflikte in **Afrika** beschäftigten den Bundestag auch in den letzten Sitzungswochen der 16. Wahlperiode. Auf ihrer Afrika-Konferenz hat DIE LINKE die Diskussion mit VertreterInnen fortschrittlicher Bewegungen in Afrika gesucht, um ihre Sichtweisen kennen zu lernen. Wir dokumentieren ab S. 3:

- Veranstaltungsbericht (27.6.2009): Afrika-Konferenz der Fraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Rede von Heike Hänsel (18.6.2009): Sudan – DIE LINKE fordert verstärkte Friedensdiplomatie
- Rede von Hüseyin Aydin (2.7.2009): „Was hier stattfindet, ist eine Ersatzhandlung“
- Rede von Hüseyin Aydin (18.6.2009): Frauen im Kongo schützen – Umsetzung der Resolution 1325
- Rede von Hüseyin Aydin (2.7.2009): „Neue politische Initiativen für Kenia dringend geboten“

DIE LINKE kritisiert, dass die Industrieländer die **UN-Gipfelkonferenz** zur Weltfinanzkrise Ende Juni sabotiert haben und die entscheidenden Fragen der Weltwirtschaftsordnung weiterhin innerhalb der G8 beraten wollen. Wir dokumentieren ab S. 13:

- Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE (16/13606) zur Regierungserklärung zum G8-Weltwirtschaftsgipfel
- Rede von Heike Hänsel (18.6.2009): Internationale Kreditfinanzierung in der Entwicklungspolitik: neue Ansätze nicht auf die lange Bank schieben, sondern umsetzen!

Angesichts der zugespitzten Auseinandersetzung um den Entwicklungsweg in **Lateinamerika** positioniert sich DIE LINKE klar auf der Seite der demokratischen fortschrittlichen Kräfte. Wir dokumentieren ab S. 18:

- Dringliche Frage von Heike Hänsel und Pressemeldung von Gregor Gysi (1.7.2009): Unterstützung für den legitimen honduranischen Präsidenten
- Veranstaltungsbericht (23.6.2009): Für einen gerechten Frieden in Kolumbien
- Fragen von Heike Hänsel zur mündlichen Beantwortung in der Fragestunde (17.6.2009): Situation in Peru und Reaktion der Bundesregierung

Wir dokumentieren auf S. 23: Resolution des Parteitags DIE LINKE: Solidarität mit den Menschen im **Iran**

Die Linke diskutiert über eine neue Politik gegenüber Afrika

Mehr als 70 Afrika-Interessierte fanden sich am 27. Juni im Berliner Haus der IG Metall ein, um über Bedingungen und Perspektiven linker und progressiver Politik in Afrika zu diskutieren. Gäste aus dem Senegal, Mali, Südafrika, Kenia und Simbabwe berichteten aus ihren Ländern und formulierten ihre Erwartungen an die Linke in Deutschland.

Mit der Konferenz unter dem Titel „Krise der Politik – Politik der Krise“ setzte am vergangenen Samstag die Bundestagsfraktion DIE LINKE einen neuen Akzent in ihrer afrikapolitischen Arbeit. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte sie Aktivisten und WissenschaftlerInnen aus Afrika und Deutschland eingeladen, sich über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage auf dem Kontinent auszutauschen und über die Möglichkeiten und Perspektiven progressiver Politik in und für Afrika zu diskutieren.

Damit knüpfte die Konferenz an die von der Bundestagsfraktion DIE LINKE Anfang dieses Jahres veröffentlichte Afrikabroschüre an, in der Grundlinien einer linken Afrikapolitik entwickelt und zur Diskussion gestellt worden waren. Die Tagung folgte dem Anspruch, nicht nur *über* Afrika zu reden. Stattdessen sollte sie den Auftakt zu einem echten Dialogprozess mit VertreterInnen der durchaus heterogenen afrikanischen Linken geben, um sich über eine gemeinsame Lageeinschätzung zu verständigen und um Perspektiven einer solidarischen Zusammenarbeit zwischen europäischer und afrikanischer Linke zu diskutieren.

Es wurde im Laufe des Tages ein weites Themenfeld aufgespannt, das von einer Bestandsaufnahme politischer Bedingungen auf dem Kontinent über die Einbindung Afrikas in den globalen Kapitalismus, die Diskussion von Konfliktursachen bis hin zu Fragen der Positionierung der afrikanischen Linken im Parteien- und Bewegungsspektrum reichte. Abschließend wurden Anforderungen an eine neue Afrikapolitik der europäischen Linken und Perspektiven der Zusammenarbeit debattiert.

Relevante Fragen – der richtige Ausgangspunkt

In seiner Begrüßung stellte Hüseyin Aydin, Obmann für DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, fest, dass soziale Unsicherheit, Perspektivlosigkeit und Armut nicht nur diejenigen afrikanischen Länder prägen, in denen Konflikte gewaltsam ausgetragen werden. Auch die als stabil geltenden Staaten würden sich nicht selten in permanenten Krisensituationen befinden. Zugleich formulierte er seinen Anspruch an die Zusammenkunft. „Wenn diese Konferenz Fragen aufwirft“, so Aydin, „ist das ein guter Ausgangspunkt. Sicherlich müssen wir gemeinsam versuchen, auch Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu finden. Doch die Voraussetzung dafür ist, dass wir uns selbst erst einmal die richtigen und wichtigen Fragen stellen.“

Bereits in der ersten Diskussionsrunde des Tages nahmen die Referenten diese Anregung auf. Sie hatte eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen politischen und sozialen Gegebenheiten und deren Konsequenzen für linke Kräfte in Parteien und sozialen Bewegungen auf dem Kontinent zum Ziel. Mtumishi Njeru Kathangu, seit vielen Jahren aktiv im Kampf für eine Demokratisierung in Kenia und Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation CREDO, ging vor allem auf das koloniale Erbe und dessen anhaltender Bedeutung für die heutigen politischen Entwicklungen in Kenia ein.

Amacodou Diouf, Repräsentant der kommunistischen Partei PIT aus dem Senegal, berichtete von der gesellschaftlichen Mobilisierung gegen die jahrzehntelange Vorherrschaft der Sozialistischen Partei sowie über die sich seit dem Machtwechsel zur wirtschaftsliberalen Demokratischen Partei des amtierenden Präsidenten Abdoulaye Wade verschärfenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Vor dem Hintergrund der verschärften Auseinandersetzungen um den neoliberalen Kurs Wades skizzierte Diouf das schwierige Navigieren seiner Partei zwischen Regierungsbeteiligung und Opposition.

Der Wissenschaftler Gero Erdmann vom GIGA-Institut in Hamburg bot mit seiner Präsentation eine vergleichende Übersicht zur Bedeutung und Organisation von Parteien im subsaharischen Afrika. Er stellte fest, dass – entgegen der in Europa verbreiteten Annahme – die sich allein aus einer Ethnie rekrutierende Partei eher die Ausnahme sei. Häufiger seien Koalitionen verschiedener Ethnien in einer Partei anzutreffen. Erdmann verwies auf weit verbreitete Probleme – unter anderem die fehlende politisch-programmatische Unterscheidbarkeit und wenig entwickelte demokratische Strukturen. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit einer neuen Klassen- bzw. Schichtenanalyse hervorgehoben, die den sozio-ökonomischen Realitäten auf dem Kontinent Rechnung besser trägt als bisherige, westlich orientierte Erklärungsmodelle.



Der Bundestagsabgeordnete Hüseyin Aydin (2.v.r.), die Europaabgeordnete Sabine Lösing (1.v.r., beide DIE LINKE) und Arndt Hopfmann von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (1.v.l.) begrüßten die Referenten Mtumishi Kathangu (Kenia, 2.v.l.), Timothy Kondo (Simbabwe, 5.v.l.) und Oumar Mariko (Mali, 3.v.r.) im Berliner IG Metall-Haus.

Gegen das Dogma des Neoliberalismus

Im folgenden Panel stand die neoliberale Ausrichtung internationaler Finanz- und Wirtschaftspolitik zur Debatte. Timothy Kondo, Gewerkschafter aus Simbabwe, berichtete detailliert und sehr lebendig von der Lobbyarbeit seiner Organisation ANSA, die auf die Entwicklung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik jenseits vom Dogma des Neoliberalismus zielt. Ilona Auer-Frege vom Ökumenischen Netz Zentralafrika beleuchtete den Zusammenhang zwischen Rohstoffförderung und Konflikten in der Demokratischen Republik Kongo. Diskutiert wurden hier vor allem die unzureichenden nationalen und internationalen Regulierungsmöglichkeiten, sowohl in Bezug auf den Handel mit Konfliktrohstoffen wie auch mit Blick auf die Umsetzung von Sozial- und Ökologiestandards.

Nach der Mittagspause referierten Njeru Kathangu und Klaus Schlichte von der Universität Magdeburg über Konfliktursachen und Möglichkeiten ihrer Bearbeitung. Nach seinem historischen Abriss über Konfliktdimensionen in Afrika analysierte Njeru Kathangu die Konfliktursachen und -dynamiken in Kenia. Er verdeutlichte, dass nicht „ethnischer Hass“, sondern Angst und Unsicherheit die Gewaltdynamiken erklären. Klaus Schlichte ergänzte diese Ausführungen durch die Analyse von materiellen Verteilungskonflikten und politischen Machtkämpfen innerhalb neopatrimonialer Herrschaftsstrukturen, die vielen der innerstaatlichen Kriege und Konflikte in afrikanischen Staaten zugrunde liegen.

Die Linke zwischen Partei und Bewegung

Wie verhält sich die Linke im Spannungsfeld zwischen Partei und sozialen Bewegungen – vor allem dann, wenn sie als Partei in der Regierung vertreten ist und wirtschaftsfreundliche, unsoziale Politiken umsetzt? Eine skeptische Einschätzung lieferte hierzu Vishwas Satgar von der Organisation COPAC, die der kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) nahesteht. Die SACP sieht er durch die Einbindung in die neoliberale Politik des regierenden ANC seit Ende der Apartheid in einer programmatischen und politischen Krise gefangen. Optimistischer argumentierte der Berliner Sozialwissenschaftler Romin Khan, der in SACP, Teilen des Gewerkschaftsbundes COSATU sowie der ANC-Linken ein Potential sah, die Forderungen und Ziele zivilgesellschaftlicher Proteste und Bewegungen zu unterstützen und zu institutionalisieren. Vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlen wurden die Möglichkeiten der südafrikanischen Linken unter Präsident Jacob Zuma lebhaft diskutiert.

Die Abschlussrunde setzte sich mit der Frage auseinander, wie eine künftige Zusammenarbeit linker Kräfte Europas und Afrikas gestaltet werden müsse. Auf dem Podium stellten Hüseyin Aydin, Timothy Kondo und Oumar Mariko, der für die kommunistische Partei SADI Abgeordneter im Parlament Malis ist, ihre Positionen zur Debatte. Zum Teil kontrovers wurden die Möglichkeiten einer geeinten afrikanischen Linken, die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Parteien und NGOs, die Perspektiven und Gefahren von Regierungsbeteiligungen sowie Fragen zur Reform der deutschen und europäischen Entwicklungspolitik diskutiert. Einigkeit bestand bei Publikum und Podium darin, dass die erste Aufgabe der deutschen und europäischen Linken darin liege, ihre gesellschaftliche und politische Verankerung in Deutschland und Europa deutlich zu stärken. „Der Kampf gegen den Neoliberalismus und dessen Auswirkungen, gegen Sozialabbau und unfairen Handel muss von euch hier in Deutschland vor allem vor

Ort ausgetragen werden“, forderte Timothy Kondo. „Das wäre für uns in Afrika die bestmögliche Unterstützung.“

Ein sehr konkretes Ergebnis dieser Tagung war eine von den aus afrikanischen Ländern angereisten Linken getroffene Vereinbarung über die zukünftige Zusammenarbeit. Damit sollen der Informationsaustausch, die programmatische Kooperation und die Koordinierung der Aktivitäten zwischen den einzelnen Staaten verbessert werden.

Rede, 18.6.2009

Sudan: DIE LINKE fordert verstärkte Friedensdiplomatie

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, fordert in der Bundestagsdebatte um die UN-Einsätze im Sudan eine verstärkte Friedensdiplomatie und die Bekämpfung der sozialen Konfliktursachen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

leider diskutieren wir hier im Bundestag fast immer nur im Zusammenhang mit Militärmis- sionen über den Sudan. Friedensinitiativen standen hier noch nie zur Diskussion. Allein DIE LINKE hat in einem Antrag vor zwei Jahren Vorschläge für eine aktive Friedensdiplo- matie und zur Bekämpfung der sozialen Konflikt-ursachen eingebracht. Diese Debatten sollten wir viel stärker führen.

Der Sudan droht auseinanderzubrechen. Und sollte es soweit kommen, wird es noch mehr Gewalt geben, noch mehr Tote, noch mehr soziales Elend – und noch mehr Bedrohung auch für die fragilen Staaten in der Nachbarschaft. Deshalb braucht der Sudan vordringlich eine breit angelegte Friedensinitiative, die alle Akteure – zivilgesellschaftliche und bewaff- nete Gruppen – mit einschließt. Die Internationale Gemeinschaft muss eine breit angeleg- te Friedensdiplomatie in Gang bringen, um einen solchen Prozess zu unterstützen.

Die Ressourcen werden aber völlig falsch eingesetzt. UNAMID und UNMIS kosten jährlich zweieinhalb Milliarden US-Dollar. Zur Lösung der politischen und sozialen Konflikte im Su- dan haben sie erwartungsgemäß nichts beigetragen.

Die Situation der Menschen in Darfur ist so hoffnungslos wie zuvor. Die UNA-MID über- wacht dort ein Friedensabkommen, das nur auf dem Papier existiert, während sich die Zahl der Gewaltakteure vervielfacht hat. Die Versorgung der Millionen Menschen in den Flüchtlingslagern mit dem Lebensnotwendigen ist durch die Ausweisung etlicher Hilfsor- ganisationen noch schwieriger geworden.

Die Nachricht über den Angriff auf einen UN-Frachter mit Hilfsgütern im Südsudan hat uns verdeutlicht, dass auch der Süden des Sudan – trotz des Abkommens von 2005 – von ei- ner nachhaltigen Friedensordnung weit entfernt ist. Zuletzt kamen über Tausend Men- schen bei Kämpfen zwischen rivalisierenden Milizen ums Leben. Soziale Konflikte, etwa um Landverteilung, werden auch im Südsudan zunehmend ethnisiert und von lokalen Eli- ten instrumentalisiert, während riesige Nutzflächen im Sudan internationalen Investoren zum Kauf bzw. zur Pacht angeboten und die Konflikte so potenziell weiter verstärkt wer- den.

Ich wünsche mir, dass wir im Bundestag viel öfter darüber diskutieren, wie wir all diesen Herausforderungen begegnen! Wie wir die Menschen im Sudan dabei unterstützen können, selbstbestimmt einen friedlichen – gemeinsamen – Weg zu gehen.

Es muss eine Perspektive für den gesamten Sudan entwickelt werden. Diese Perspektive kann nur aus der sudanesischen Gesellschaft selbst entstehen und erkämpft werden. Die internationale Gemeinschaft sollte aber solche Prozesse unterstützen und Foren bereitstellen. Wichtig ist: Sie muss dabei als unparteiischer Akteur auftreten.

Wir unterstützen die Forderung sudanesischer ExpertInnen und zivilgesellschaftlicher Gruppen nach einer nationalen Friedenskonferenz unter Einbeziehung aller Akteure: Sudanesisch Regierung, Milizenführer, lokale Politikerinnen und Politiker, Stammesführer und religiöse Führer, Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen...

Waffenstillstands- und Friedensgespräche müssen auf allen Ebenen gefördert und unterstützt werden. Diplomatischer Druck auf die Beteiligten muss entwickelt werden, um bereits vorhandene Ansätze und Initiativen voranzutreiben. Ich beziehe mich dabei z.B. auf die Verhandlungen auf Initiative von Katar, die seit März auf Eis liegen, oder auf die zivilgesellschaftliche Initiative, die – von UN und AU unterstützt – im letzten Monat in Äthiopien VertreterInnen der sudanesischen Zivilgesellschaft mit VertreterInnen der Regierung zusammenbringen wollte und von der sudanesischen Regierung boykottiert wurde.

In diesem Zusammenhang kritisiert DIE LINKE, dass der Auslieferungsbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den Präsidenten Bashir kein Beitrag zur Verbesserung der schlimmen Menschenrechtssituation im Sudan, sondern im Gegenteil kontraproduktiv war und der Regierung einen Vorwand zum Boykott von Friedensverhandlungen in die Hand gegeben hat.

DIE LINKE fordert, dass die internationale Gemeinschaft sich stärker der Bekämpfung der sozialen und wirtschaftlichen Konfliktursachen zuwendet. Es stünden ausreichend Mittel zur Verfügung, die – auf sinnvolle Weise in die zivile Entwicklung im Darfur und Südsudan investiert – zur Entschärfung der Konflikte dort beitragen könnten. DIE LINKE fordert zivile Entwaffnungsinitiativen, die von umfassenden Sozialprogrammen in den Konfliktregionen unterstützt werden.

Die Konflikte im Sudan haben auch eine internationale Dimension. In eine dauerhafte Friedenslösung müssen auch die Nachbarstaaten wie Tschad, Äthiopien, Eritrea, die Zentralafrikanische Republik eingebunden werden, ebenso internationale Akteure, die im Sudan auftreten, etwa die Arabische Liga oder China. DIE LINKE fordert außerdem ein striktes Waffenembargo – nicht nur für den Sudan, sondern für die ganze Region.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass wir in der nächsten Legislatur dazu kommen werden, nicht immer nur über Ja oder Nein zu Militäreinsätzen zu debattieren, sondern darüber, wie wir zu einer dauerhaft friedlichen und sozial gerechten Entwicklung in der Region beitragen können. Mit UNMIS und UNAMID wird uns das nicht gelingen.

(Rede zu Protokoll)

„Was hier stattfindet, ist eine Ersatzhandlung“

In der abschließenden Debatte über die Mandatsverlängerungen für die Bundeswehr im Sudan fordert der Abgeordnete Hüseyin Aydın für DIE LINKE von der Bundesregierung echte Beiträge zur Konfliktminderung im Sudan:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten uns nichts vormachen: In dieser Debatte zur Mandatsverlängerung für die UN-Mission im Sudan geht es gar nicht um die Konflikte und Kriege in Afrikas größtem Land. Ich halte das für höchst problematisch. Was hier stattfindet, ist eine Ersatzhandlung für einen konsequenten und strategisch geplanten Umgang mit dem Sudan, der eigentlich bitter notwendig wäre. Hören Sie auf, der Öffentlichkeit vorzumachen, dass Sie mit der Entsendung von 31 Soldaten einen nachhaltigen Beitrag zur Konfliktminderung im Sudan leisten würden!

(Beifall bei der LINKEN)

Politische und diplomatische Initiativen sind geboten, um auf die sich abzeichnende Eskalation der zahlreichen Konflikte im Land reagieren zu können. Meine Fraktion hat ihre Position zur UNAMID und UNMIS bereits mehrfach dargelegt. Daran hat sich nichts geändert.

Während man über den Sinn und die Wirkung des UN-Einsatzes im Süden durchaus diskutieren kann, ist die Intervention in Darfur aus vielen Gründen ein Fehlschlag und trägt kaum etwas zur Konfliktminderung bei.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb wird meine Fraktion die Beteiligung an UNAMID ablehnen, während sich einige meiner Kolleginnen und Kollegen und ich selbst im Fall von UNMIS enthalten werden. Doch die Mandatsfrage ist, wie ich bereits andeutete, nicht das eigentliche Thema, das uns beschäftigen sollte. Vielmehr möchte ich die Bundesregierung fragen, welche diplomatischen Aktivitäten sie gegenüber dem Sudan zu entfalten gedenkt. Bisher kann ich nicht erkennen, dass es in der Bundesregierung ein angemessenes Interesse gibt, sich eingehend und dauerhaft mit einem der bedeutendsten Konflikte in Afrika zu beschäftigen.

Ich fordere Sie auf: Positionieren Sie sich endlich! Wie stehen Sie zur unbeirrten Unterstützung Frankreichs für das Regime von Idriss Déby im Tschad? Sind Sie der Meinung, dass die neokoloniale Politik unseres Nachbarlandes einer Konfliktbeilegung zuträglich ist? Sorgen Sie dafür, dass die sich widersprechenden Interessen internationaler Akteure in Bezug auf den Sudan klar benannt werden, und formulieren Sie Ihre eigenen Interessen; denn wir kennen sie nicht!

(Beifall bei der LINKEN)

Initiieren Sie eine Sudan-Politik auf europäischer Ebene, die diesen Namen auch verdient! Bisher ist der EU-Beauftragte für den Sudan, Torben Brylle, nicht wie sein Vorgänger durch wirksame Initiativen aufgefallen.

Die Ursachen für Kriege, Vertreibung und sporadisch aufflammende Konflikte im Sudan – nicht nur im Westen und Süden, sondern auch in anderen Landesteilen – sind sicherlich vielfältig und komplex. Doch eines ist ihnen allen gemeinsam: Die ungleiche Machtverteilung zwischen dem Zentrum in Khartoum und der dort tonangebenden

militärischen und wirtschaftlichen Elite einerseits und politisch sowie sozial marginalisierten Regionen andererseits schafft die Grundlage für Armut, Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit, die letztlich zu Krieg führen.

Wir fordern einen umfassenden und langfristig angelegten gesellschaftlichen Dialog, der allen relevanten Bevölkerungsgruppen im Sudan ein Podium zur Formulierung ihrer Positionen bietet. Dieser Wunsch gilt für Dafur, für den Süden, aber auch für den Osten Sudans.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem halten wir es für dringend geboten, den Sudan und dessen Konflikte aus einer regionalen Perspektive zu analysieren und entsprechend darauf zu reagieren. Aufseiten der Bundesregierung ist höchste Eile geboten, endlich eine Politik gegenüber der gesamten Region am Horn von Afrika und dem Sudan zu entwickeln. Ein zweites Somalia wäre eine Katastrophe – für die Sudanesen und ihre Nachbarländer.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Richtig!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Rede, 18.6.2009

Frauen im Kongo schützen! Umsetzung der Resolution 1325

Angesichts der katastrophalen Situation von Frauen in den Krisengebieten der DR Kongo fordert der Obmann der Fraktion DIE LINKE im Entwicklungsausschuss, Hüseyin Aydin, von der Bundesregierung Initiativen für einen umfassenden politischen Vermittlungsprozess in der DR Kongo und einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325:

Meine Damen und Herren, in diesem Monat sind die Kämpfe im Kongo wieder neu aufgeflammt, sowohl zwischen Regierungsarmee und Rebellen. Eine neue und gefährliche Entwicklung ist, dass sich Teile der Regierungstruppen gegen die UN-Truppe wenden, weil ihnen ihr Sold nicht ausgezahlt wird. Wieder sind zahlreiche Menschen auf der Flucht. Die Rückführung und Reintegration der nach UN-Schätzungen mindestens 1,35 Millionen Binnenvertriebenen allein in den Kivu-Provinzen, Ituri und Orientale bleiben akut gefährdet. Die Gewalt gegen Frauen und Kinder hört nicht auf.

An keinem Ort der Welt werden derzeit die Menschenrechte von Frauen in größerem Ausmaß verletzt als im Osten Kongos. Es handelt sich nicht mehr um einen Krieg, es geht um sexuellen Terrorismus in seiner unmenschlichsten Form. Schätzungen des UN-Menschenrechtsrates gehen davon aus, dass allein im Jahr 2008 rund 100.000 Frauen vergewaltigt, versklavt und verstümmelt wurden. Die Berichte übersteigen das Vorstellbare an Grausamkeit, und sie haben nichts mit einem kulturellen Phänomen zu tun.

Jede fünfte Patientin der Organisation Ärzte ohne Grenzen gibt an, zwischen zwei Tagen und mehreren Jahren entführt gewesen zu sein. Die Menschen werden willkürlich von jeder Partei beschuldigt, die jeweils andere zu unterstützen und müssen immer mit Vergeltungsschlägen rechnen. In einigen Dörfern ist Gewalt bei Kindern unter fünf Jahren die Haupttodesursache. Frauen ist nach der Zeit der Folter und der Gefangenschaft auch

die Rückkehr in ein normales Leben verwehrt. Sie werden schwanger, mit HIV/AIDS infiziert oder von ihren Ehemännern und Familien verstoßen. Sie wissen nicht mehr, wohin sie gehen sollen. Die Überlebenden dieser Gewalt brauchen medizinische Versorgung, psychosoziale Betreuung und ökonomische und politische Unterstützung. Doch nur ein Bruchteil der Überlebenden hat Zugang dazu.

Der Antrag der Grünen aus dem Jahr 2008 gilt in seiner Relevanz und Brisanz noch genauso am heutigen Tag, und das ist tragisch. Mit dem "8. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik" verpflichtet sich die Bundesregierung, Menschenrechte von Frauen weltweit zu stärken. Auch im Entwicklungspolitischen Aktionsplan für Menschenrechte wird deutlich formuliert: "Der Einsatz von Vergewaltigungen in bewaffneten Konflikten ist ein Kriegsverbrechen." Die jüngste UNO-Resolution zur Mandatsverlängerung von MONUC (S/RES/1856) bekräftigt erneut die Umsetzung der Resolutionen 1325 (2000) und 1820 (2008). Dennoch hat die Bundesregierung bislang keinen eigenen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 vorgelegt.

Die LINKE hat wiederholt die Bundesregierung aufgefordert, sich bilateral im Gespräch mit den Regierungsvertretern sowie im Rahmen von EU und UNO für ein Ende der Gewalt einzusetzen. Eine Aufstockung der UNO-Truppen trifft nicht den Kern des Problems. Um dauerhaft Frieden im Ostkongo zu sichern, muss ein umfassender, politischer Vermittlungsprozess gestartet werden. Dazu müssen AU, UNO, EU, westliche und afrikanische Regierungen Druck auf die Anführer auf beiden Seiten ausüben.

Die Zivilbevölkerung muss einen hohen Preis für die militärische Befriedung zahlen. Fast die Hälfte der Vergewaltigten sind Mitglieder des Militärs oder einer Miliz, berichtet Ärzte ohne Grenzen. Straftäter werden zum größten Teil weder ermittelt noch zur Verantwortung gezogen. Auch Soldaten der MONUC haben sich dieser Verbrechen schuldig gemacht. Zuletzt wurden im August 2008 indische Blauhelme der „sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs“ von z.T. minderjährigen Prostituierten beschuldigt. Die Null-Toleranz-Richtlinie der UN wird nicht eingehalten. Es herrscht ein unglaublicher Mangel an Aufklärungs- und Präventionskampagnen unter Offizieren und Soldaten, geschweige denn die Anerkennung, dass Gender-Sensibilität im Kongo notwendig ist für das Überleben der Frauen.

Um so unverständlicher ist es, dass in dem von der Bundesregierung 2008 eingerichteten Friedensfonds Maßnahmen, die speziell auf die Bedürfnisse der schwerst traumatisierten Frauen und Mädchen zugeschnitten sind, nicht explizit vorgesehen sind. Die Angst vor sozialer Ausgrenzung verhindert, dass die Betroffenen reguläre Hilfsangebote annehmen. Doch die Umsetzung der Resolution 1325 fordert genau das: Frauen und Männer müssen an Friedensprozessen und beim Wiederaufbau gleichermaßen beteiligt werden.

Daher haben wir erneut eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, um deutlich zu machen: Die Frauen im Kongo brauchen dringend unsere Hilfe. Wir müssen mit allen möglichen zivilen Maßnahmen die Frauen und ihre Kinder unterstützen, uns auf die Seite der Opfer stellen.

Der Antrag der Grünen geht auf wichtige zivile, politische und soziale Instrumente ein. Umso mehr bedauern wir, dass unserem Änderungsantrag, militärische Maßnahmen auszuschließen, nicht zugestimmt wurde. In einem Land, das so durchzogen ist von sexueller Gewalt, können militärische Mittel nicht eingesetzt werden.

„Neue politische Initiativen für Kenia dringend geboten“

Rede von Hüseyin Aydın vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 02. Juli 2009 zu Top 58, Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Kenia stabilisieren, Entwicklung und Frieden unterstützen“ (BT.-Drs. 16/8403):

- Rede zu Protokoll -

Meine Damen und Herren,

der Antrag, der heute zur Abstimmung vorliegt, wurde vor über einem Jahr vor dem Hintergrund der mehrwöchigen bürgerkriegsähnlichen Gewalt nach den Wahlen in Kenia verfasst. Trotz des damals bereits ausgehandelten Machtteilungsabkommen betonten die Antragsteller, dass der innere Frieden gefährdet bliebe und die politische Krise des Landes noch lange nicht überwunden sei. Leider haben weder Antrag noch Lageeinschätzung an Aktualität verloren:

Beobachter berichten über häufige örtliche Konflikte, die derzeit zwar auf niedrigem Niveau bleiben, aber ein erhebliches Eskalationspotenzial in sich bergen. Zuletzt kam es im April in der Region Kirinyagi zu Kämpfen, bei denen über 40 Menschen starben. Auch reißt die Serie von Übergriffe staatlicher Sicherheitskräfte auf Journalisten, Oppositionelle und Bevölkerung nicht ab. Ein aktueller Bericht von Human Rights Watch dokumentiert die massive Staatsgewalt im Zuge einer Entwaffnungsaktion von Milizen im Oktober 2008 im Nordosten Kenias, bei der hunderte Zivilisten geschlagen, gefoltert und Frauen vergewaltigt wurden. Der Fall wirft ein Schlaglicht auf die Brutalität und das Klima der Straflosigkeit im kenianischen Gewaltapparat. Bezeichnend ist, dass auch der Bericht der Waki-Kommission, der nachwies, dass Anfang 2008 rund 400 Menschen durch unverhältnismäßige Polizeigewalt getötet wurden, bis heute ohne politische Folgen blieb.

Die sozio-ökonomischen Konfliktursachen, die damals zur Gewalteskalation beitrugen, sind nicht entschärft. Aufgrund der Weltwirtschafts- und Finanzkrise sowie infolge der Ausschreitungen brach Kenias Wirtschaft im letzten Jahr ein: Ein Wachstum von nur 1,7% - gegenüber 7% in 2007 – gepaart mit 20% Inflation verschlimmert die soziale Lage im Land drastisch, das außerdem von der Nahrungsmittelkrise massiv betroffen war. Zwar liegen die Lebensmittelpreise heute wieder unter denen des Vorjahres, doch selbst Grundnahrungsmittel sind für viele Kenianer und Kenianerinnen unerschwinglich. Verschärft wird dies durch witterungsbedingte Ernteauffälle. Nach aktuellen Schätzungen benötigen rund 6,5 Millionen Menschen Nahrungsmittelhilfen. Beobachter warnen daher vor sozialen Unruhen und wachsenden Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen. Zudem verweisen sie darauf, dass Politiker auf nationaler wie auf lokaler Ebene durch die verstärkte ethnische Instrumentalisierung der sozio-ökonomischen Konflikte zusätzlich Öl ins Feuer gießen.

Die Hoffnungen, die in die durch internationaler Vermittlung zu Stande gekommene Koalitionsregierung aus allen Konfliktakteuren – Kibaki, Odinga und deren Parteien PNU, ODM sowie der KANU – gelegt wurden, erfüllten sich nicht. Ihre rund einjährige Amtszeit ist durch Blockaden und Machtrivalitäten, durch Skandale, Korruption und die Verschleppung vereinbarter Reformen – u.a. der Verfassungsreform - geprägt.

Besonders Besorgnis erregend ist, dass die Regierung keine der im Machtteilungsabkommen vereinbarten Maßnahmen zur Überwindung der politischen Krise, zur Aufarbeitung der Gewalt und zur nationalen Aussöhnung umgesetzt hat. So hat die Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung (TJRC) bis heute ihre Arbeit nicht aufgenommen. Durch die politische Blockade der TJRC unterblieb auch die Einrichtung des Sondertribunals zur Verurteilung von Gewalttätern sowie den verantwortlichen Hintermännern.

Auf dem Ende März in Genf stattfindenden Krisengipfel überstellte der Leiter der Untersuchungskommission zur Aufklärung der Gewalt, Philip Waki, eine Liste mit zehn maßgeblichen Verdächtigen an den damaligen Chefvermittler Kofi Annan. Darauf befinden sich angeblich die heutigen Minister Uhuru Kenyatta und William Ruto. Bislang machte Annan seine Drohung nicht wahr, die Liste an den Internationalen Strafgerichtshof weiterzuleiten. Seine nach dem ergebnislosen Gipfel geäußerte Warnung, dass die fortgesetzte Blockade der TJRC sowie das Verschleppen der Reformen eine erneute – gewaltsame – Krise heraufbeschwört, richtet sich auch an die „internationale Gemeinschaft“.

Anstelle weiter die Augen vor der zunehmenden Instabilität in Kenia zu verschließen, muss diese mit neuen Vermittlungsangeboten und konzertierten politischen Initiativen aktiv werden. Dabei ist ausdrücklich die Bundesregierung gefordert, die sich ihrer guten Beziehungen zu Kenia rühmt, und die im letzten Jahr Anteil am Zustandekommen der Koalitionsregierung hatte. Die damaligen Bemühungen zeigten, dass externes Engagement zum Erfolg führen kann. Umso schwerer wiegt die darauf folgende Tatenlosigkeit.

DIE LINKE fordert von der Bundesregierung, dass sie sich bilateral, auf europäischer und internationaler Ebene endlich sichtbar und glaubwürdig für eine ursachenbezogene Konfliktbearbeitung im ostafrikanischen Land einsetzt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Entschließungsantrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Heike Hänsel, Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, Kornelia Möller, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum G 8-Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juli 2009 in L'Aquila

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag stellt fest:

Vom 8. bis 10. Juli 2009 treffen in L'Aquila die Regierungschefs der G8-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA) zusammen. Auf den Gipfeltreffen der G8 werden regelmäßig Verabredungen von globaler Tragweite getroffen. Über die alljährlichen Gipfeltreffen hinaus koordiniert die G8, zum Beispiel auf der Ebene informeller Fachministertreffen und in Expertenrunden, die Politik der mächtigsten Staaten in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen von globaler Bedeutung. Dabei hat die G8 ihr Themenspektrum während der letzten Jahre stetig erweitert. Sie nimmt Einfluss auf die Geschäftspolitik von IWF und Weltbank, trifft Absprachen im Kampf gegen den Terrorismus und zur Abwehr von Flüchtlingen, zu Klimaschutz, Schuldenproblematik, Energiefragen und zur Reform der Vereinten Nationen.

An den G8-Treffen nehmen Regierungen von Staaten teil, in denen insgesamt ein knappes Siebtel der Weltbevölkerung lebt. Es werden in dieser Runde aber politische und ökonomische Entscheidungen gefällt, die Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und auf Entwicklungschancen vieler Länder und Regionen haben – insbesondere solcher Länder und Regionen, die auf den G8-Tagungen nicht mit am Tisch sitzen. Gleichzeitig werden mit der Verlagerung von grundlegenden politischen und ökonomischen Entscheidungen auf die Ebene von Absprachen zwischen Regierungen, ohne Kontrolle und Gestaltungsmöglichkeit der nationalen Parlamente und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die demokratisch gewählten Parlamente partiell entmachtet. Für die Tragweite der Themen, über die der G8-Gipfel entscheidet, fehlt ihm die Legitimität.

Seit dem Treffen der G20-Staaten am 2. April 2009 in London maßen sich die Industriestaaten einmal mehr die Regelungskompetenz in Fragen des Weltwirtschafts- und Weltfinanzsystems an und koordinieren ihre Antikrisenpolitik. Zwar werden im Rahmen der G20 über die G8 hinaus Schwellenländer hinzugezogen. Die Entwicklungsländer, die ebenfalls unter der gegenwärtigen Krise leiden, bleiben aber nach wie vor von Verhandlungen ausgeschlossen. Anstatt alle Betroffenen zu hören sollen auf dem G20-Treffen erneut die Mitverursacher der Krise, wie die multilateralen Organisationen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank, mit deren Lösung beauftragt werden.

Am deutlichsten wurde diese undemokratische Blockadepolitik im Vorfeld der UN-Konferenz über die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf Entwicklungsländer, die vom 24.-26. Juni 2009 in New York tagte. Die G8-Staaten und weitere Industrieländer des Nordes weigerten sich durchgängig ihre Staats- und Regierungschefs auf diese Konferenz zu entsenden. Ebenso sagten die Chefs von IWF

und Weltbank – als UN-Organisationen - ihre Teilnahme ab. Die Konferenz musste um 3 Wochen verschoben werden, da die UN die Beteiligung der Staats- und Regierungschefs sicherstellen wollte und man sich nicht auf ein Abschlussdokument einigen konnte. Trotz der eindringlichen Mahnungen der Generalversammlung werten damit die Industriestaaten das Anliegen der UNO ab, über Entwicklungsfragen hinausgehende, globale und demokratisch legitimierte Antworten auf die Weltwirtschaftskrise zu geben. Bundestag und Nichtregierungsorganisationen wurden völlig unzureichend in die Beratungen einbezogen.

Die G8 repräsentieren damit in ihrer 30-jährigen Geschichte ein großes Hindernis für eine gerechte Weltwirtschaft und die Verwirklichung sozialer Rechte und verfolgen das Interesse der großen Industriekonzerne. Dies zeigt sich in der aktuellen Krisenbewältigung, der unerfüllten Versprechungen für eine Regulation der Finanzmärkte, der unzureichenden Umsetzung von Klimaschutzziele und von Zielen zur Ausweitung der Entwicklungshilfe bzw. der Entschuldung von Ländern des Südens.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Entscheidungsprozesse zur Neugestaltung des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems zu demokratisieren, indem:

- die G8-Treffen abgesagt werden und bei allen G20-Folgekonferenzen die gleichberechtigte Teilhabe von Entwicklungsländern gesichert wird. Die Organisation der G20-Folgekonferenzen muss deshalb den Vereinten Nationen (UN) übergeben werden.
- der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) die Rolle eines Koordinators der internationalen Wirtschaftspolitik übernimmt und ein dauerhaftes Expertengremium einrichtet, das wissenschaftlichen Sachverstand in Bezug auf Finanzkrisen, Klimawandel und Nahrungsmittelknappheit bündelt. ILO, UNCTAD und die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation sollen gestärkt werden. IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) sollen den UNO-Strukturen untergeordnet und demokratisiert werden. Darüber hinaus unterstützt der Deutsche Bundestag die Forderung der Stiglitz-Kommission zur Etablierung eines Globalen Wirtschaftsrates in der UNO, einer globalen Steuerbehörde und einer globalen Prüfbehörde für Finanzprodukte.

2. kurzfristig Maßnahmenpakete auf internationaler Ebene zu entwickeln, die es den Entwicklungsländern ermöglichen mit eigenen Konjunkturprogrammen öffentliche Ausgabeprogramme aufzulegen, indem

- neue Finanzierungsquellen entwickelt werden wie die Neuverteilung der Sonderziehungsrechte zugunsten von Entwicklungsländern. Regionale Organisationen und Kreditinstitutionen müssen ausgebaut, der IWF demokratisiert und Kredite dürfen nicht mehr an Sparauflagen oder Inflationsziele gebunden werden.
- der Vorschlag der Stiglitz-Kommission nach einem globalen Konjunkturpaket aufgegriffen wird, das besonders die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigt und den Schwerpunkt auf Klimaschutz, Nahrungssicherheit und Armutsbekämpfung legt. Die Experten fordern, dass die Industrieländer in ihren Konjunkturprogrammen ein Prozent als zusätzliche Entwicklungshilfe einplanen.
- die Industriestaaten ihre verpflichtenden Zusagen zur Steigerung der Entwicklungsausgaben (ODA) auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens nicht aufgeben dürfen. Als Schritt dorthin muss Deutschland im nächsten Jahr die Entwicklungsausgaben auf 0,51% des BNE anheben, wie es im ODA-Stufenplan der

EU vereinbart ist. Die Schuldenfrage muss gelöst und die Beiträge für UN-Entwicklungsprogramme dürfen nicht gekürzt oder gestrichen werden.

3. die Finanzmärkte effektiv unter demokratische Kontrolle zu stellen, indem:

- Wechselkurse durch die Schaffung von Zielzonen zwischen den großen Weltwährungen stabilisiert, regionale Währungsabkommen unterstützt werden und die Leitwährungsrolle des Dollars durch einen supranationalen Währungskorb analog zu den Sonderziehungsrechten abgelöst wird.
- eine funktionsfähige, weltweite Finanzmarktaufsicht unter dem Dach der UN geschaffen wird: Zu ihren Aufgaben sollen die Entscheidung über das Verbot von spekulativen Finanzinstrumenten auf globaler Ebene und über eine internationale Bankenaufsicht, die systemische Risiken der Finanzmärkte überwacht und Gegenmaßnahmen vorschlagen kann, gehören. Eine Vereinbarung für die Etablierung von öffentlichen Ratingagenturen ist zu treffen;
- wirksame Maßnahmen gegen spekulative Geschäfte getroffen werden, sodass Geschäfte mit hohem Kredithebel ebenso wie Hedge Fonds verboten und Spekulationen auf Währungen, Nahrungsmittel und Rohstoffe beendet werden;
- eine Transaktionssteuer auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen zur Entschleunigung der Finanzmärkte sowie Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden;
- die Schließung der Steueroasen befördert und organisiert und Schritte zur angemessenen Besteuerung von Banken und transnationalen Konzernen vereinbart werden.

4. eine Wende zur nachhaltigen Regulierung der Weltwirtschaft einzuleiten, indem:

- die nationalen Konjunktur- und Subventionsmaßnahmen international koordiniert werden, um einen Subventionswettbewerb der Industrieländer zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und der schwachen Volkswirtschaften vor allem im globalen Süden zu verhindern;
- das Problem der globalen Leistungsbilanz entschärft wird. Ungleichgewichte können durch die Schaffung eines Ausgleichsmechanismus nach dem Vorbild der von John Maynard Keynes in Bretton Woods ursprünglich vorgeschlagenen „International Clearing Union“ behoben werden;
- eine Abkehr von der Orientierung an Exportmärkten und stattdessen eine Wende zur Regionalisierung und Binnenmarktorientierung eingeleitet wird verbunden mit regionalen Abkommen zur Förderung von sozialen und ökologischen Standards. In diesem Sinne sind auch Maßnahmen zur Herstellung volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiger Produktion und von Ernährungssicherheit und -souveränität zu treffen;
- der Vorrang von Umwelt- und Menschenrechtsabkommen, sowie der ILO Abkommen vor WTO-Verpflichtungen und Wirtschaftsabkommen, die sich an den WTO-Prinzipien orientieren (z.B. die Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten) sicherzustellen ist. Die Doha-Verhandlungsrunde der WTO muss endgültig für gescheitert erklärt werden;
- eine Kontrolle der transnationalen Konzerne hinsichtlich ihrer Verpflichtung auf soziale und ökologische Standards und der Ausweitung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten in Angriff genommen, ein sofortiger Stopp von Privatisierungen eingeleitet und ein Investitionsabkommen angegangen wird, mit dem Investitionen nachhaltig reguliert werden.

5. die Verhandlungen um die Verabschiedung eines Kyoto-Folgeabkommens auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 voranzutreiben, indem

- die Industrieländer sich im Vorfeld der UN-Klimakonferenz zu einem Minderungsziel für ihren Klimagas-Ausstoß von mindestens 25 bis 40 Prozent bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 bekennen; die EU muss endlich eine Vorreiterrolle in den Verhandlungen übernehmen und sich schnellstmöglich und ohne Vorbehalt zur Minderung ihrer Treibhausgasemissionen von 40 Prozent im selben Zeitraum verpflichten;
- die Industrieländer gemäß des Verursacherprinzips Finanztransfers für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel in Schwellen- und Entwicklungsländer verbindlich zusagen; die EU muss schnellstmöglich einen finanziellen Beitrag angelehnt an die Bedarfsschätzungen des UN-Klimasekretariats verbindlich beschließen;
- das Freikaufen von Klimaschutzpflichten durch den Erwerb „fauler“ Klimaschutz-zertifikate aus dem Clean Development Mechanism (CDM) unterbunden wird;
- der Tropenwaldschutz nicht in die globalen Kohlenstoffmärkte einbezogen wird, sondern stattdessen direkte Finanztransfers für den Schutz der letzten Wälder zugesagt werden.

Rede, 18.6.2009

Internationale Kreditfinanzierung in der Entwicklungspolitik: neue Ansätze nicht auf die lange Bank schieben, sondern umsetzen!

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kritisiert das Herangehen der Bundesregierung als zu zaghaft, wenn es darum geht, neue Wege in der internationalen Kreditfinanzierung für Entwicklung zu beschreiten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen würde erheblich an Überzeugungskraft gewinnen, wenn nicht immerzu die Rede davon wäre, dieses oder jenes prüfen zu wollen, sondern wenn konkrete Vorschläge und die Aufforderung zur Umsetzung formuliert würden. So, wie der Antrag jetzt formuliert ist, entsteht der Eindruck, dass gute Ansätze auf die lange Bank geschoben werden sollen – ein Eindruck, der allerdings durchaus mit den Erfahrungen aus der zu Ende gehenden Wahlperiode korrespondiert.

Ein Beispiel: Ich begrüße es, dass die Regierungsfractionen sich des Themas Illegitime Schulden annehmen. Warum aber so zaghaft? Die norwegische Regierung unter Federführung einer linken Finanzministerin und eines linken Vize-Ministers für Entwicklungszusammenarbeit ist bereits vor über zwei Jahren mit gutem Beispiel vorangegangen und hat illegitime Schulden erlassen, ohne sie mit der ODA-Quote zu verrechnen. DIE LINKE fordert auch hier die schnelle Festlegung von Kriterien für die Illegitimität von Schulden und die entsprechende Streichung solcher Schulden. Als Leitkriterien schlägt DIE LINKE vor, dass solche Schulden als illegitim anzuerkennen sind, die ohne demokratische Entscheidung aufgenommen wurden und nicht zur Entwicklung des Landes beigetragen haben.

Einige hoffnungsvolle Debatten zu dieser Frage gab es ja durchaus in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode in unserem Ausschuss. Es darf aber nicht bei Absichtserklärungen

bleiben. Ich hoffe, dass wir in der nächsten Wahlperiode auch auf der Umsetzungsebene weiterkommen. DIE LINKE steht dafür bereit.

Statt lange zu prüfen, wie die Schuldentragfähigkeit der ärmsten Länder bewertet werden kann, sollten wir viel grundsätzlicher diskutieren: DIE LINKE fordert eine Ausweitung des Schuldenerlasses – und zwar ohne wirtschaftspolitische Konditionen, wie sie mit den HIPC-Initiativen verbunden waren und die oftmals dazu führen, dass die entschuldeten Staaten sofort wieder in die Schuldenfalle geraten. Wir fordern, dass viel mehr zinslose Kredite und Zuschüssen in der Entwicklungsfinanzierung eingesetzt werden. DIE LINKE setzt sich für faire Schiedsverfahren für insolvente Staaten ein. Dabei müssen auch Schulden bei privaten Gläubigern einbezogen werden.

Die Weltwirtschaftskrise hat viele Länder wieder zurück in die Schuldenfalle getrieben, aus der sie schon entkommen schienen. Dazu hat auch die neoliberale Politik der multilateralen Banken und der Geber beigetragen. DIE LINKE kritisiert deshalb, dass die G20 mit deutscher Zustimmung ausgerechnet den Internationalen Währungsfonds zum großen Krisenmanager gemacht und seine Mittel verdreifacht haben, ohne diesen Schritt mit konkreten Reformschritten zu verbinden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, jetzt ist nicht mehr die Zeit zu prüfen, sondern zu handeln. Vieles wird auch vom Verlauf der UNO-Gipfelkonferenz zur Weltfinanzkrise nächste Woche abhängen.

Ich hatte bereits in der letzten Sitzungswoche kritisiert, dass die Bundesregierung die Vorbereitung des UNO-Gipfels nicht konstruktiv begleitet, sondern ihn – bei aller Hochachtung vor Frau Wieczorek-Zeul – durch die Teilnahme einer Ministerin anstelle der Kanzlerin diplomatisch abwertet. Schwerer wiegt, dass die Bundesregierung beim Ringen um die Abschlusserklärung offenbar den Entwurf des Präsidenten der UN-Vollversammlung, der auf den Vorschlägen der Stiglitz-Kommission beruht und einige sehr wichtige Punkte enthält, nicht unterstützt.

Ich wiederhole unsere Forderung nach einer Neuordnung der Weltfinanzsystems und damit auch der Kreditfazilitäten für die Entwicklungsfinanzierung. Regionale Banken wie der Banco del Sur müssen gestärkt werden. Die globalen Kreditvergabe-Fazilitäten müssen auf den Prüfstand bzw. mit neuen Governance-Strukturen versehen werden. Wir brauchen eine demokratische Kontrolle der multilateralen Banken innerhalb der UNO – etwa im Rahmen der UNCTAD oder eines neu einzurichtenden Weltentwicklungsrats.

Ich kann nur an die Bundesregierung und die anderen G20-Regierungen appellieren, den UNO-Gipfel sehr ernst zu nehmen und die Regelungskompetenzen bei der Neuordnung des Weltfinanzsystems genau dorthin zu verlagern, wo alle Staaten daran beteiligt werden können: weg von G8 und G20, hin zu den Vereinten Nationen.

(Rede zu Protokoll)

Unterstützung für den legitimen honduranischen Präsidenten

DIE LINKE machte den Militärputsch in Honduras zum Thema im Bundestag. In der Fragestunde wollte Heike Hänsel von der Bundesregierung wissen, welche Initiativen die Bundesregierung zur Unterstützung des gestürzten honduranischen Präsidenten ergreift:

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Zu Beginn der Fragestunde rufe ich gemäß Nr. 10 Abs. 2 der Richtlinien für die Fragestunde die dringliche Frage auf Drucksache 16/13594 der Abgeordneten Heike Hänsel auf:

In welcher Weise engagiert sich die Bundesregierung dafür, dass in Honduras der rechtmäßige Präsident Manuel Zelaya wieder in sein Amt eingesetzt wird?

Die dringliche Frage beantwortet Herr Staatsminister Dr. Gernot Eler. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Dr. h. c. Gernot Eler, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Hänsel, meine Antwort lautet wie folgt: Die Bundesregierung hat sowohl bilateral als auch im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen die Verhaftung und Exilierung des demokratisch gewählten Präsidenten von Honduras, Manuel Zelaya Rosales, als inakzeptable Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung in Honduras verurteilt. Sie fordert alle Beteiligten dazu auf, auf friedlichem Wege den Dialog zu suchen und eine Lösung zu finden, die der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gerecht wird. Die Bundesregierung begrüßt die Vermittlungsbemühungen aus der Region, insbesondere die der Organisation Amerikanischer Staaten, über die Rückkehr des Staatspräsidenten Manuel Zelaya nach Honduras und seine Wiedereinsetzung zu verhandeln.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen, bitte.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke, Herr Staatssekretär. – Ich denke, die nächsten Tage sind wirklich dafür entscheidend, dass der demokratisch gewählte Präsident wieder in das Amt zurückkommt. Er hat seine Rückkehr angekündigt. Gleichzeitig gibt es aber auch die Ankündigung der Putschisten, ihn zu verhaften, wenn er das Land betritt. Es gibt in der Region eine Initiative, ihm Begleitschutz zu gewähren. Was können Sie über die Verurteilung dieses Putsches hinaus konkret machen, um den Präsidenten bei seiner Rückkehr zu schützen? Aus Spanien kommt der Aufruf, seitens der Europäischen Union mehr Druck auszuüben, etwa indem Botschafter abgezogen werden. Was könnten Sie konkret tun – außer Verlautbarungen abzugeben –, um die Rückkehr des Präsidenten zu garantieren?

Dr. h. c. Gernot Eler, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Frau Kollegin Hänsel, wir stellen fest, dass es eine sehr breite internationale Unterstützung für den Präsidenten Zelaya gibt. Wie Sie wissen, hat er gestern vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesprochen. Dort wurde eine – was nicht häufig vorkommt – einstimmige Resolution zu seinen Gunsten verabschiedet. Die regionalen Organisationen

von Zentralamerika und von Südamerika unterstützen dies ebenso wie die amerikanische Regierung. Sie haben hier eben die Bemühungen der EU angesprochen. Übrigens wird es in Brüssel heute Nachmittag eine Beratung zu dem spanischen Vorschlag geben, unter Umständen Botschafter zurückzuziehen. Was unsere Position angeht, haben wir Druck ausgeübt, indem wir gesagt haben: Wir werden im Augenblick auf keinen Fall die Assoziationsverhandlungen mit den Vertretern Zentralamerikas – Honduras ist Mitglied der entsprechenden Organisationen – fortsetzen. Wir werden diese Verhandlungen erst fortführen, wenn in Honduras wieder verfassungsmäßige Zustände herrschen. Auch was die bilateralen Beziehungen angeht – Sie wissen, dass Honduras einer der wichtigsten Empfänger deutscher Entwicklungshilfe ist –, werden wir uns auf bereits angelaufene Programme beschränken, die der Bevölkerung direkt dienen. Wir werden aber keine neuen Projekte verabreden und jeden Kontakt mit den jetzigen Ministerien vermeiden. – Ich glaube, das ist eine angemessene Reaktion.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Meine zweite Zusatzfrage bezieht sich auf die Unterstützung für bestimmte soziale Gruppen, insbesondere für die Anhänger und Anhängerinnen von Präsident Zelaya vor Ort. Es gibt schon jetzt viele Verfolgungen, auch Verhaftungen. Zum Beispiel sind die Aktivistinnen und Aktivisten der internationalen Organisation La ViaCampesina mehr oder weniger in den Untergrund gegangen, um sich zu schützen; diese Aktivisten setzen sich für eine soziale Politik in Honduras ein. Wie können Sie diesen Menschen konkret vor Ort Schutz anbieten? Wäre es zum Beispiel möglich, ihnen die deutsche Botschaft zu öffnen?

Dr. h. c. Gernot Erlen, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Uns liegen sehr unterschiedliche Nachrichten aus Honduras vor, Frau Kollegin Hänsel, auch darüber, dass es im Augenblick etwas chaotische Verhältnisse gibt. Es hat Demonstrationen und auch Gewalt gegen Demonstranten gegeben. Allerdings sind mir persönlich keine Einzelfälle bekannt, in denen eine direkte Nothilfe oder Ähnliches notwendig ist. Sie können sicher sein, dass die Gemeinschaft der diplomatischen Vertretungen in Tegucigalpa alles Notwendige tun wird, um in solchen Notfällen zu helfen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Dağdelen.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Lieber Herr Erlen, Sie haben bei der Beantwortung der dringlichen Frage den Putsch verurteilt und dem demokratisch legitimierten Präsidenten Zelaya Unterstützung dafür zugesagt, dass er in sein Land zurückkehren kann. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne wissen, wie es die Bundesregierung bewertet, dass eine deutsche Stiftung, nämlich die FDP nahe Friedrich-Naumann-Stiftung, dem gestürzten Präsidenten eine Mitschuld an der Situation in Honduras zuschiebt, den Militärputsch verharmlost und ihn auch gerechtfertigt hat.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Das ist ja unglaublich!)

Kann die Bundesregierung hinnehmen, dass ein demokratisch legitimer Präsident gestürzt wird? Inwieweit gedenkt die Bundesregierung Konsequenzen zu ziehen, wenn

sich eine politische Stiftung, die letztendlich auch mit Steuergeldern finanziert wird, so äußert?

Dr. h. c. Gernot Eler, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Frau Kollegin, ich unterstreiche noch einmal die von mir hier dargelegte Position der Bundesregierung zu diesen unrechtmäßigen Vorgängen in Honduras, die auch in einer Erklärung des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier am 29. Juni zum Ausdruck gekommen ist. Mir sind die Äußerungen, die Sie zitiert haben, nicht bekannt.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Die kann ich Ihnen zuschicken! – Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Und auch nicht belegt!)

In Deutschland herrscht bezüglich der Bewertung von aktuellen Vorgängen eine sehr ausgedehnte Meinungsfreiheit, worüber ich wirklich froh bin. Insofern ist es nicht meine Angelegenheit als Vertreter der Bundesregierung, hier irgendwelche Einzeläußerungen, die ich auch gar nicht kenne, zu kommentieren.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Das sind keine Einzeläußerungen! Das ist eine Äußerung von der Stiftung!)

Pressemeldung, 1.7.2009

LINKE solidarisiert sich mit rechtmäßigem Präsidenten von Honduras

Zur aktuellen politischen Situation in Honduras erklärt Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:

„Der legitime Präsident von Honduras, Manuel Zelaya, muss unverzüglich wieder in sein Amt kommen. DIE LINKE im Bundestag solidarisiert sich mit den vielen Menschen, die jetzt in Honduras auf die Straße gehen, um gegen den Militärputsch in ihrem Land zu protestieren und die Rückkehr zur Demokratie zu erstreiten.

Wir solidarisieren uns mit den Aktivistinnen und Aktivisten von Via Campesina und anderen sozialen und Menschenrechtsgruppen, die bedroht werden und teilweise untertauchen mussten.

Wir begrüßen, dass Präsident Zelaya von den Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten einhellige politische Unterstützung erhalten hat, und hoffen, dass seine für diese Woche geplante Rückkehr nach Tegucigalpa friedlich und sicher ablaufen und dazu führen wird, dass er die Amtsgeschäfte wieder aufnehmen kann.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren Beitrag dazu zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung außerdem auf, ihre Botschaft in Tegucigalpa anzuweisen, demokratische Kräfte zu unterstützen und verfolgte soziale Aktivistinnen und Aktivisten aufzunehmen.

Es ist skandalös, dass die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung nicht müde wird, dem gestürzten Präsidenten eine Mitschuld an der Situation in Honduras zuzuschreiben und damit den Militärputsch zu verharmlosen, ja indirekt sogar zu rechtfertigen. Das ist ein unerhörter Vorgang! Die FDP muss sich klar und unmissverständlich von einer direkten oder indirekten Rechtfertigung des Militärputsches distanzieren.“

Gloria Cuartas – die „Bürgermeisterin für den Frieden“ zu Besuch in Berlin



Gloria Cuartas (4. v. l.) berichtete über die katastrophale Menschenrechtslage in Kolumbien und über ihren mutigen Einsatz für den Frieden.

Die kolumbianische Friedensaktivistin Gloria Cuartas sprach auf einer Veranstaltung der Linksfraktion in Berlin vor 30 TeilnehmerInnen über Perspektiven für einen gerechten Frieden in Kolumbien.

Sie wollen das Recht auf Freiheit durchsetzen; die Freilassung aller Geiseln aus der Gefangenschaft der Guerilla-Armee FARC ist ihr vordringlichstes Ziel. Um dies zu erreichen, scheuen sich

die „Kolumbianerinnen und Kolumbianer für den Frieden“ nicht, mit den FARC in Kontakt zu treten, den Dialog zu suchen, zu verhandeln. Und sie konnten damit bereits kleine Erfolge erzielen. Die Freilassung einiger Gefangener kam durch ihre Vermittlung zustande.

Die „Kolumbianerinnen und Kolumbianer für den Frieden“ treten für einen humanitären Gefangenen austausch als Einstieg in umfassende Friedensverhandlungen zwischen Regierung und FARC ein. Deshalb verunglimpft die Regierung sie als „intellektuelle Vorhut der FARC“. Sie überzieht die prominentesten Mitglieder der Gruppe mit Prozessen, kriminalisiert ihre Arbeit. Dennoch konnten die Friedensaktivisten ihre soziale Basis in den letzten Monaten erweitern. Mehrere Hunderttausend haben sich ihnen angeschlossen, darunter Abgeordnete und Senatoren des Mitte-Linksbündnisses Polo Democrático Alternativo und der Liberalen Partei sowie viele prominente Intellektuelle.

Doch für den rechten Präsidenten Alvaro Uribe ist all dies Teufelszeug. Er will „Frieden ohne Verhandlungen“, die militärische Entscheidung. Worüber auch verhandeln? Die kolumbianische Regierung steht auf dem Standpunkt, dass es in Kolumbien keinen Konflikt gibt, also auch keine Konfliktparteien, die etwas zu verhandeln hätten. Es gibt, so die Regierung, nur einen demokratischen Staat und seine Armee auf der einen Seite und Terroristen auf der anderen.

Gloria Cuartas, eine der „Kolumbianerinnen für den Frieden“, zeichnete am Abend des 23. Juni auf einer Veranstaltung der Linksfraktion in Berlin ein anderes Bild von der Situation in Kolumbien: Sie berichtete von der Ermordung von Friedensaktivisten und Gewerkschaftern durch rechte paramilitärische Gruppen, von der Verstrickung der Regierung und zahlreicher Abgeordneter mit den paramilitärischen Strukturen und von den sogenannten „Falsos Positivos“ – den extralegalen Hinrichtungen von Zivilisten durch reguläre Streitkräfte, deren Opfer als gefallene Guerilleros ausgegeben werden. Über Tausend solcher Fälle sind dokumentiert. Sehr eindrücklich berichtete Gloria Cuartas von

Landraub und Vertreibung im Zusammenhang mit der Errichtung von riesigen Palmöl-Plantagen und vom traurigen Schicksal der vier Millionen Binnenvertriebenen.

Ein gerechter Frieden, für den sie sich einsetzt, muss auch die sozialen Konfliktursachen überwinden: die tiefe soziale Spaltung, den ungleichen Zugang zu Land und anderen lebensnotwendigen Ressourcen. Ein gerechter Friede muss außerdem alle Gewaltakteure gleichermaßen für die Gräueltaten des seit Jahrzehnten andauernden Bürgerkriegs zur Verantwortung ziehen: die rechten Paramilitärs, die Guerilla und die Armee.

Gloria Cuartas wurde international bekannt durch ihr Engagement für die Friedensgemeinden. Die Friedensgemeinde San José de Apartadó, die 2007 den Aachener Friedenspreis erhielt, hatte sie selbst in den 90er Jahren mitgegründet. Von der UNESCO bekam sie dafür den Ehrentitel „Bürgermeisterin für den Frieden“ verliehen.

Seither setzt sie sich für die Friedensgemeinden ein. Die Menschen in diesen Gemeinden verteidigen ihr Recht auf Neutralität in den Gewaltkonflikten. Sie wehren sich gegen Vertreibung und sie sind Laboratorien neuer sozialer Beziehungen – gewalt- und herrschaftsfrei. Sie akzeptieren keine bewaffneten Gruppen auf ihrem Territorium und verweigern jeglichen Gewaltakteuren die Zusammenarbeit. Dafür zahlen sie einen hohen Preis. Ihre Bewohner sind permanenten Drohungen seitens der Paramilitärs und der Guerilla ausgesetzt, viele wurden bereits ermordet. Der Regierung sind die Gemeinden suspekt: wozu Friedensgemeinden in einem Land, in dem es keine Konflikte gibt? Sie verunglimpft die Friedensgemeinden als Stützpunkte der FARC, und erklärt ihre Bewohner damit für vogelfrei.

Für viele Menschen in Kolumbien und weltweit sind die Friedens- und Widerstandsgemeinden aber ein Symbol der Hoffnung. Ihre Zahl wächst und sie vernetzen sich zunehmend, um sich über ihre Wege aus dem Gewaltkreislauf auszutauschen. Gloria Cuartas nennt das die „Universität des Widerstands“.

Im Februar 2010 ist es wieder so weit. Aktivistinnen und Aktivisten aus den Friedens- und Widerstandsgemeinden, Unterstützerinnen und Unterstützer aus Kolumbien und vielen anderen Ländern werden sich in San José de Apartadó zur „Universität des Widerstands“ versammeln. Gloria Cuartas lud alle Anwesenden herzlich dazu ein. Für die Linksfraktion nahm die Abgeordnete Sevim Dağdelen die Einladung dankend an. Sie sei zuversichtlich, dass die neue Fraktion eine Delegation zur Widerstandsuniversität entsenden werde.

Bericht: Alexander King

Schriftliche Fragen, 17.6.2009

Reaktion der Bundesregierung auf das repressive Vorgehen gegen Protestierende in Peru

In der Fragestunde des Deutschen Bundestags am 17. Juni 2009 brachte Heike Hänsel Fragen zur mündlichen Beantwortung ein, um eine Einschätzung der Bundesregierung bzgl. der Gewalteskalation in Peru einzuholen. Die Beantwortung erfolgte durch den Parlamentarischen Staatssekretär Peter Hintze:

Frage der Abg. Hänsel: Inwiefern werden sich nach Ansicht der Bundesregierung die in Peru heftig umstrittenen Gesetze, die es internationalen Konzernen erleichtern sollen, die Bodenschätze des peruanischen Regenwald auszubeuten, auf die Verhandlungen Perus mit der Europäischen Union über ein Assoziierungsabkommen positiv oder negativ auswirken?

Antwort der Bundesregierung: Das peruanische Parlament hat das umstrittene Dekret 1090 in der vergangenen Woche am 10. Juni 2009 suspendiert, um den weiteren Dialog mit den Indigenen zu ermöglichen. Inzwischen hören wir, dass es ganz aufgehoben werden soll.

Frage der Abg. Hänsel: In welcher Weise haben die Bundesregierung und die EU-Kommission gegenüber der peruanischen Regierung auf deren repressives Vorgehen gegen die Proteste indigener Aktivistinnen und Aktivisten gegen die Gesetzgebung reagiert, das viele Tote gefordert und zu einer Eskalation der Auseinandersetzung beigetragen hat, und welche Konsequenzen sollte die EU-Kommission nach Ansicht der Bundesregierung für die anstehenden Verhandlungsrunden aus dem gewaltsamen Konflikt ziehen?

Antwort der Bundesregierung: Die Bundesregierung verfolgt die Geschehnisse in Peru gemeinsam mit den europäischen Partnern. Die EU-Botschafter in Lima haben ihre tiefe Sorge über die angespannte Lage zum Ausdruck gebracht und zur Vermeidung weiteren Blutvergießens aufgefordert. Inzwischen stellt sich heraus, dass die Verantwortung für die Geschehnisse am 5. Juni zum beträchtlichen Teil bei den Demonstranten liegt. Zur Zeit werden keine weiteren Maßnahmen erwogen.

Dokumentation, 21.6.2009

Solidarität mit den Menschen in Iran

Beschluss des Bundestags-Wahlparteitags 2009 der Partei DIE LINKE am 20. und 21. Juni 2009 in Berlin

Die Partei DIE LINKE solidarisiert sich mit den Protesten der Menschen im Iran gegen den vermuteten Wahlbetrug und unterstützt die iranische Demokratiebewegung, die seit Jahren gegen die herrschende Politik im Iran kämpft.

Die Partei DIE LINKE fordert die iranische Regierung auf, die Aggression gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten zu beenden, das Demonstrationsrecht zu achten und verhaftete Oppositionelle sofort freizulassen; die Pressefreiheit zu gewährleisten und die Einschränkung von Internet und Informationsmedien zu beenden sowie die Wahlbetrugsvorwürfe unverzüglich aufzuklären.

Die Partei DIE LINKE lehnt Kriegsdrohungen gegen den Iran und Sanktionen, unter denen die Bevölkerung leidet, als kontraproduktiv ab. Die Menschen im Iran müssen das Recht haben, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden.

NEU: Außenpolitik für eine friedliche Welt

Die aktuelle Broschüre der Fraktion DIE LINKE bilanziert die Arbeit des Arbeitskreises Internationale Politik der Fraktion mit dem Schwerpunkt auf Außen-, Entwicklungs- und internationale Strukturpolitik

In allen Debatten zur Internationalen Politik hat sich die Fraktion DIE LINKE immer von der Überzeugung leiten lassen, dass Frieden die einzige Option ist, dass zivile und friedliche Lösungen immer nötig und möglich sind. Deswegen haben wir auch immer wieder in der Öffentlichkeit und in unseren zahlreichen parlamentarischen Initiativen auf die Ursachen von Kriegen hingewiesen: das Ausbeutungsverhältnis zwischen Norden und Süden, der wiederholte Bruch des Völkerrechts, die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, das anhaltende Wettrüsten und vieles andere mehr. Und wir haben unsere konkreten Alternativen für solidarische und gewaltfreie internationale Beziehungen vorgestellt.

Um solche Alternativen zu erarbeiten, waren und sind wir auf die enge Zusammenarbeit mit Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen in Deutschland und in aller Welt angewiesen. Aus dem intensiven Austausch insbesondere mit mutigen Frauen aus Afghanistan, Lateinamerika und dem Nahen Osten haben wir viel gelernt. Wir hoffen, umgekehrt auch zur Stärkung dieser wichtigen Stimmen beigetragen zu haben. In dieser Broschüre dokumentieren wir unsere Arbeit im Deutschen Bundestag und stellen gleichzeitig die Grundsätze dar, die unseren Lösungsvorschlägen für politische Probleme im Bereich der internationalen Politik zugrunde liegen. Außerdem beschreiben wir aktuelle – positive und beunruhigende – Entwicklungen, die uns zeigen, dass es sich lohnt und dass es weiter nötig ist, sich für eine friedliche, soziale, ökologische und gerechte Welt einzusetzen.

Monika Knoche, stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Prof. Dr. Norman Paech, außenpolitischer Sprecher
Wolfgang Gehrcke, Obmann im Auswärtigen Ausschuss
Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin

Broschüre zum Download unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7751122936.pdf>

Bestellung über das Büro der Abgeordneten Heike Hänsel, Kontaktdaten siehe unten

Weiterhin bestellbar:

Afrika und DIE LINKE

Entwicklungspolitische Perspektiven europäisch-deutscher Afrikapolitik

Mit der aktuellen Broschüre „Afrika und DIE LINKE“ legt die Fraktion DIE LINKE ihre Grundzüge für eine linke, solidarische Afrikapolitik vor. Vor dem Hintergrund einer kritischen Analyse der Politik des Westens zeigt die Broschüre für wichtige Politikbereiche wie beispielsweise Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik und Konfliktbearbeitung alternative Strategien einer solidarischen Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit auf.

Die Studie ist hier abrufbar:

- Webseite von Hüseyin Aydin: www.hueseyin-aydin.de
- Webseite der Fraktion DIE LINKE:
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7716923487.pdf>

Frauen für Frieden und Gerechtigkeit – gegen Krieg und Unterdrückung – weltweit

Dokumentation des Arbeitsschwerpunktes „Frauen und Frieden“

Heike Hänsel stellt Partnerinnen für eine konsequente Friedenspolitik vor, darunter Malalai Joya und Zoya (Afghanistan), Silvia Lazarte (Bolivien) und Gloria Cuartas (Kolumbien). Hänsel: "Für diese beeindruckenden Frauen haben wir versucht, Öffentlichkeit herzustellen, ihre Kämpfe bekannt zu machen und teilweise auch durch Besuche in der Krisenregion gefährdeten AktivistInnen „internationalen Schutz“ zu gewähren. Die Entschlossenheit und der Mut dieser Frauen haben uns tief beeindruckt und für die politischen Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb des Parlaments viel Kraft gegeben."

Die Broschüre steht zum Download bereit unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7714498686.pdf>

Ein Ausdruck kann im Büro der Abgeordneten Heike Hänsel (Kontaktdaten, siehe Impressum) bestellt werden.

Wieder bestellbar:

Mit Sicherheit keine Entwicklung – die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Die von Heike Hänsel und der Fraktion DIE LINKE in Auftrag gegebene Studie von Jürgen Wagner (IMI Tübingen) war zwischenzeitlich vergriffen und wird nun aufgrund der großen Nachfrage nachgedruckt! Sie zeigt, wie die Umdeutung von Entwicklungspolitik als Beitrag zu Stabilisierung, Nation Building und (militärischer) Sicherheit vorangetrieben wird. Immer mehr Gelder der Entwicklungszusammenarbeit werden weg von der Armutsbekämpfung hin zu sicherheitspolitischen Maßnahmen umgeleitet. Die Studie ist auf der Website der Linksfraktion abrufbar und kann im Büro von Heike Hänsel bestellt werden:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7783260956.pdf>

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Dr. Susanne Hartmann
Dr. Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Ruben Eberlein
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de